

Vorsitzender Langer verweist nochmals auf die Tischvorlage, die der Niederschrift über diese Sitzung als Anlage beigelegt ist. Er bedauert, dass die Beratungsvorlage der Gemeinde Windeck zur Schulentwicklungsplanung weder in ihrem Beschlussvorschlag noch im Fragebogen an die Windecker Eltern einen Hinweis auf eine mögliche Kooperation mit der Gemeinde Eitorf beinhaltet. Er stellt ferner heraus, dass andere Kommunen bereits Beschlüsse zur Errichtung von Gemeinschaftsschulen gefasst haben bzw. voraussichtlich in Kürze fassen werden. Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Bieber vom Planungsbüro Komplan. Die Angelegenheit wird anschließend ausführlich im Schulausschuss beraten.

Frau Hartmann bedauert ebenfalls, dass in der Windecker Beschlussvorlage kein Hinweis auf eine Lösung mit Eitorf zu finden ist. Sie warnt für ihre Fraktion vor übereilten Entscheidungen. Es müsse zunächst einmal sauber geprüft werden, welches Konzept für die Eitorfer Schullandschaft das Beste sei. Der ursprünglich erteilte Auftrag zur gemeinsamen Schulentwicklungsplanung habe die Errichtung einer Gesamtschule im östlichen Rhein-Sieg-Kreis im Focus gehabt, nachdem Elternbefragungen, sowohl in Eitorf als auch in den Kommunen Ruppichteroth und Windeck einen relevanten Bedarf für eine Gesamtschule ergaben. Mittlerweile habe sich im Verlaufe der Schulentwicklungsplanung die Diskussion von der Errichtung einer Gesamtschule hin zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule verlagert. Es reiche aus Sicht ihrer Fraktion nicht aus, die Diskussion um eine Gesamtschule nicht fortzuführen, weil diese für 3 Standorte nicht genehmigungsfähig sei und aktuell durch den Schulversuch Gemeinschaftsschule überlagert werde. Nach Meinung der FDP-Fraktion sei die Thematik Gesamtschule noch keineswegs vom Tisch. Hierzu bittet sie den Planer der Firma Komplan um Beantwortung von Fragen, die ihre Fraktion vorbereitet hat. Diese sind der Niederschrift als Anlage beigelegt. Erst nach Klärung dieser Fragen sollten aus Sicht ihrer Fraktion weitere Schritte angegangen werden. Die FDP-Fraktion sehe Gemeinschaftsschule und Gesamtschule nicht auf einer Ebene. Die Gesamtschule sei eine reguläre Schulform, die laut Schulgesetz vorgesehen sei, die Gemeinschaftsschule hingegen sei ein Schulversuch, ein Konstrukt, das auf einer Experimentierklausel basiere, wovon bislang bekannt sei, dass diese nur für 50 Schulen genehmigt werden soll. Es gebe ein Rechtsgutachten, welches besage, dass ein Schulversuch in dieser Größenordnung möglicherweise nicht verfassungskonform sei. Eine Verfassungsklage sei daher aussichtsreich. Ihre Fraktion wolle daher zunächst einmal an der Schulform „Gesamtschule“ festhalten. Weiterhin betont sie, dass sie nicht generell gegen die Schaffung einer Gemeinschaftsschule sei, sondern erst dann die weitere Diskussion um diese Schule führen wolle, wenn anhand von Fakten belegt sei, dass die Errichtung einer Gesamtschule an der Oberen Sieg nicht in Frage kommt. Zudem fordert sie eine breite Information der Öffentlichkeit und eine breit angelegte Befragung zur Gemeinschaftsschule.

Planer Bieber weist in seinen Ausführungen u.a. darauf hin, dass eine Gesamtschule mit 3 Standorten nicht genehmigungsfähig ist. Eine weitere Oberstufe könne die vorhandenen Sekundarstufen II des Siegtal-Gymnasiums und des Bodelschwinger Gymnasiums gefährden. Er weist ferner auf die räumliche Problematik hin. Sollte eine Gesamtschule in den Räumlichkeiten der Hauptschule errichtet werden, wären hierfür erhebliche Anbaumaßnahmen erforderlich. Die Bürgermeister aller drei Kommunen, für die eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung beauftragt worden sei, hätten ein Schulangebot, ohne erhebliche bauliche Maßnahmen als Richtschnur ausgegeben. Somit verbliebe als Alternative lediglich die Gemeinschaftsschule. Planer Bieber weist auch auf das unterschiedliche Schulprofil in den Gemeinden Eitorf und Windeck hin. Sofern die Gemeinde Eitorf eine Gemeinschaftsschule in eigener Trägerschaft errichte, würde die Anzahl der Eitorfer Schüler an der Realschule Herchen voraussichtlich erheblich zurückgehen, weil die Hälfte der Herchener Realschüler aus Eitorf komme. Eine umgekehrte Verflechtungsbeziehung bestehe nicht in dieser Intensität, da weder die Eitorfer Hauptschule noch das Siegtal-Gymnasium einen so hohen Anteil an Windecker Einpendlern habe. Aufgrund des vorhandenen Ungleichgewichtes sei im Falle der Errichtung einer Eitorfer Gemeinschaftsschule von Einwendungen aus der Gemeinde Windeck auszugehen. Seiner Meinung ist die Tatsache, dass Eitorf in der Windecker Beratungsvorlage nicht erwähnt sei, nicht über zu bewerten, sondern u.a. darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Windeck nur für ihr Gemeindegebiet eine Befragung durchführen könne. Der Windecker Fragebogen stehe einer gemeinsamen Lösung aus seiner Sicht nicht im Wege. Sofern sich beide Kommunen zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule entschieden, würde er zur Errichtung in gemeinsamer Trägerschaft raten, um Synergieeffekte zu nutzen. Zudem würde die Herchener Realschule weniger geschwächt.

Schulleiter Teubler merkt an, dass eine Gemeinschaftsschule Eitorf mit dem Gymnasium in Eitorf eng verzahnt werden könne. Das Konzept der Gemeinschaftsschule orientiere sich an den Lehrplänen des Gymnasiums. Im Rahmen einer Teilabordnung sei ein ständiger Lehreraustausch zwischen den Schulen denkbar, die Gemeinschaftsschule sei allerdings kein verändertes Gymnasium. Seiner Meinung nach werde die Differenzierung an der Gemeinschaftsschule sowohl schnelleren als auch schwächeren Schülern individuelle Lernmöglichkeiten eröffnen. Schüler, die mit dem 8-jährigen Gymnasium überfordert seien, könnten durch die Gemeinschaftsschule optimal gefördert werden.

Frau Zorlu führt für ihre Fraktion u.a. aus, dass eine Gesamtschule nach dem vorliegenden Ergebnis der Schulentwicklungsplanung vor Ort nicht ohne weiteres umsetzbar sei. Die Eitorfer Hauptschule habe stark rückläufige Zahlen, eine Gemeinschaftsschule biete die Chance für ein wohnortnahes, qualitativ hochwertiges Schulangebot. Insgesamt sehe sie einen starken Bedarf für eine Gemeinschaftsschule. Die Errichtung einer Gemeinschaftsschule führe nicht zu radikalen Strukturveränderungen in der hiesigen Schullandschaft. Die Schüler könnten vor Ort zur Schule gehen. Die Gemeinschaftsschule fördere bei den Schülern die Durchlässigkeit in weiterführende Schulformen. Positiv hervorzuheben sei zudem die angedachte Kooperation mit dem Siegtal-Gymnasium. Da Eitorf bedauerlicherweise in der Windecker Beratungsvorlage nicht berücksichtigt worden sei, sehe sie für die Eitorfer Schulentwicklung einen starken Handlungsbedarf, eventuell müsse eine Gemeinschaftsschule in alleiniger Trägerschaft errichtet werden. Sie sei für eine schnelle und saubere Vorgehensweise. Zumindest sollte vor Ort eine Elternbefragung durchgeführt werden, um das Thema „Gemeinschaftsschule“ in der Öffentlichkeit breit zu thematisieren.

Bürgermeister Dr. Storch geht auf den Beratungsverlauf ein und bittet Herrn Bieber um schriftliche Stellungnahme zu den gestellten Fragen der FDP-Fraktion, der Planer solle aufgrund des vorhandenen Zahlenmaterials Szenarien aufzeigen. Bürgermeister Dr. Storch merkt ferner an, dass eine neue Schulform seiner Meinung nach lediglich in vorhandenen Gebäuden errichtet werden solle, der Bau zusätzlicher Schulgebäude stehe aus seiner Sicht nicht zur Diskussion. Er erläutert zudem, dass aus der Windecker Beratungsvorlage nicht geschlossen werden dürfe, dass die Gemeinde Windeck bei der Errichtung einer Gemeinschaftsschule nicht an einer Kooperation mit der Gemeinde Eitorf interessiert sei. Nach seinem Kenntnisstand werde Windeck seine Bewerbung für eine Gemeinschaftsschule für das Schuljahr 2012/2013 einreichen. Eventuell könne sich die Gemeinde Eitorf zu einem späteren Zeitpunkt hieran anschließen. Die Landesregierung habe für die Teilnahme am Modellversuch „Gemeinschaftsschule“ den 31.12.2010 als Frist gesetzt. Wenn allerdings die Landesregierung ein Interesse an einer flächendeckenden Einführung der Gemeinschaftsschulen habe, liege es nahe, dass sie interessierten Kommunen auch künftig die Möglichkeit zur Schaffung von Gemeinschaftsschulen eröffne. Von daher zeigt sich der Bürgermeister zuversichtlich, dass die Landesregierung alles daran setzen werde, den Konsens mit den anderen Landtagsfraktionen zu suchen und die Gemeinschaftsschule auch gesetzlich zu legitimieren.

Herr Lindner stellt klar, dass seine Fraktion die Thematik „Gesamtschule“ offiziell nicht weiter verfolgen werde, wenn sich herausstellt, dass eine gemeindeübergreifende Gesamtschule nicht machbar ist. Hierfür müssten aber durch den Planer noch weitere Informationen erfolgen.

Herr Kemmler erläutert, dass es aus seiner Sicht keinen Grund gibt, übereilte Entscheidungen zu treffen, die die Schullandschaft der Gemeinde Eitorf in den nächsten 10 Jahren nachhaltig prägen werden. Wenn eine Informationsveranstaltung stattfinden solle - nachdem das Thema Gesamtschule vom Tisch sei - dann müsse diese auch ausreichend vorbereitet werden.

Frau Zorlu beantragt schließlich für ihre Fraktion:

- 1. Die Durchführung einer öffentlichen Infoveranstaltung für Eltern.
- 2. Das Meinungsbild der Eltern durch eine Elternbefragung mittels Fragebogen einzuholen.

Herr Müller schließt sich dem Antrag von Frau Zorlu bezüglich Durchführung einer öffentlichen Infoveranstaltung an. Hierzu brauche man allerdings Experten, die die Eltern dezidiert beraten können. Da die anstehenden Entscheidungen langfristig Bestand haben werden, sollten sie von der Bevölkerung auf breiter Basis mit getragen werden. Er beantragt daher die Durchführung einer umfassenden Informationsveranstaltung mit Fachleuten und Verwaltungsvertretern. Zu der Großveranstaltung sollten

u.a. Erzieher/innen, Lehrer, Eltern sowie die Bürgermeister der Kommunen Windeck und Eitorf, die Vertreter beider Gemeinderäte und Schulausschüsse teilnehmen. In der Veranstaltung sollen Sachargumente der Teilnehmer ausgetauscht werden. Den Eltern sollten in der Informationsveranstaltung verschiedene Möglichkeiten zur Schulentwicklung aufgezeigt werden. Die Infoveranstaltung solle von einer Arbeitsgruppe vorbereitet und möglichst bis Ende Januar durchgeführt werden. Die Veranstaltung trage zur Klärung wichtiger Fragen bei. Eine sich hieran anschließende Elternbefragung könne zudem dann gezielter durchgeführt werden.

Herr Kemmler führt hierzu aus, dass bereits laut FDP-Antrag der Schulträger entsprechende Fachkräfte hinzuziehen könne. Daher sehe er nicht die Notwendigkeit einer weiteren Differenzierung.

Bürgermeister Dr. Storch weist darauf hin, dass der Schulträger zu äußeren Schulangelegenheiten fundierte Auskünfte geben kann, bei inneren Schulangelegenheiten hingegen seien geeignete Fachleute hinzuzuziehen.

Herr Lindner trägt auf Wunsch des Vorsitzenden vor dem Beschluss des Ausschusses den von seiner Fraktion vorbereiteten Antrag (Anlage zur Niederschrift) vor. Vorsitzender Langer stellt schließlich fest, dass es sich hierbei um den weitergehenden Antrag handelt und stellt diesen nachfolgend, geringfügig modifiziert, zur Abstimmung.

Amtsleiter Keuenhof bittet, die angedachte Arbeitsgruppe zeitnah zu bilden, um in der Sache weiter zu kommen. Er regt an, dass bei der Zusammenstellung der praxisrelevanten Fragen neben den Fraktionen und Schulleitungen der betreffenden Schulen auch deren Elternvertretungen mitwirken.

Herr Lindner erklärt sich damit einverstanden, dass parallel zur Beantwortung der Fragen durch die Firma Komplan zur Gesamtschule die Arbeitsgruppe tätig wird.

Bürgermeister Dr. Storch regt im Namen der Verwaltung an, dass die Fraktionen nur je einen Vertreter für die Arbeitsgruppe benennen, um das Gremium nicht zu groß werden zu lassen.